- Hier könnte eine Anzeige stehen -

Liebe Kronshagener!

Viele Zeitungen füllen Ihren Briefkasten, gewünschte und solche, die, über Anzeigen finanziert, kostenlos zu Ihnen kommen.

Kostenlos kommt auch "Kontakte" zu Ihnen. Ihre Druckkosten finanzieren die SPD-Mitglieder. Sicherlich könnten wir unsere Informationen auch den Tageszeitungen oder den Redaktionen der Anzeigenblätter zum Abdruck anbieten.

Auf das, was dann Ihren Briefkasten erreicht, haben wir dann allerdings keinen Einfluß. Wie heißt es so schön: "Kürzungen behält sich die Redaktion vor"...

Wir möchten Sie aber gerne über unsere Arbeit in der Gemeindevertretung und im Kreistag informieren. Auch über die Punkte, die anderen Redaktionen nicht "so wichtig" erscheinen.

Wir hoffen auf Ihr Interesse, auch für den Fall, daß Sie unsere Meinung nicht teilen.

> Mit freundlichen Grüßen Ihre Redaktion Kontakte

<u>ASF-Termine</u> (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen):

.....

- o Vorstandssitzung am 6. März, 16 Uhr, Bürgerhaus (jeden 1. Mittwoch des Monats)
- o ASF-Stammtisch am 12. März, 20 Uhr, Restaurant Rhodos (jeden 2. Dienstag des Monats)
- o "Aktuelles für Frauen" Marien-Lianne Paulina-Mürl berichtet aus dem Landtag am Donnerstag, den 21. März, 20 Uhr, Bürgerhaus, Klöndeel
- o ASF-Kleiderbörse (auch Kinderkleidung) am 9. Mai, 15 Uhr, Bürgerhaus – bitte schon vormerken! Bei allen Veranstaltungen sind Gäste herzlich eingeladen!

An den SPD-Parteivorstand, Ollenhauerstraße 1,5300 Bonn 1

☐ Ich will in der SPD mitarbeiten und Mitglied der SPD werden.

Datum)		174	6-	T									(1	Unt	ersc	hrift
					T	Τ									T	
Zuname / Vorn	ame		-		-	1	-	-								
			T	T	T	T	1	Γ		T	T	T	T	T	T	1
Straße / Haus-1	Vr.		,			-	_					-			-	
					T	T	Ĺ						I	I	Ι	T
Postleitzahl / W	ohnort															
Geburtsdatum		1														

- □ Ich h\u00e4tte gern Informationsmaterial der SPD zum Thema
 - □ Nord-Süd-Politik
 □ Friedens- und Sicherheitspolitik
 □ Arbeit und Umwelt
 - ☐ Arbeit und Umwelt

Reisedienst bietet an:

8 Tage Moskau/Leningrad vom 30. 3. bis 6. 4. 85

(4 Urlaubstage), Flugreise ab Ost-Berlin, Bahnreise mit

Schlafwagen von Moskau nach Leningrad, Rückflug nach OstBerlin, Vollpension, 1. Kategorie, insges. 1.095,- DM,

Anmeldung und Auskunft bei Ida Petersen, Tel. 58 83 53

Bitte an den Bundeskanzler

Ich schreibe ausdrücklich "den Bundeskanzler" und nicht "meinen" oder "unseren", denn beides träfe für mich so nicht zu. Denn ich bin dafür nicht verantwortlich, daß die Bundesrepublik von Herrn Dr. Kohl im In- und Ausland vertreten wird - oder eben nicht. Mein Wunsch ist, daß er bei offiziellen Auftritten jedesmal, wenn er sagt: "Ich spreche für alle Deutschen", vielleicht hinzufügt, "außer für Helmut-Huneke ". Als Deutscher muß ich mich von dem Handeln des Kanzlers distanzieren. Es würde mich beruhigen, zu wissen, daß ich im Ausland nicht zu der Personengruppe gezählt würde, welche die unverständliche Politik des Bundeskanzlers unterstützt. Um genau zu sein, müßte ich allerdings nicht von seiner Politik reden, denn der Kanzler macht ja leider bei uns keine Politik mehr, sondern er läßt sie sich nur noch aufzwingen. Leider ist Herr Dr. Kohl erst bereit, e Äußerung zum politischen Geschehen von sich zu geben, weim er keine Lösung mehr im "Aussitzen der Probleme" sieht. Würde er doch nur dabei bleiben, nichts zu tun, man hätte wenigstens die Gewißheit, daß es nicht mehr schlimmer werden kann. Leider gibt es wohl offensichtlich noch Menschen in seiner Umgebung, die ihm irgendwann, vielleicht im Schlaf, einflüstern: "Jetzt mußt Du aber handeln!" Für das Ansehen der Bundesrepublik im In- u. Ausland wäre es besser, wenn er nichts täte. Durch seine Kabinettskollegen und Mitglieder seiner Fraktion (Geißler, Schwarz-Schilling, Blüm, Wörner, Hupka etc.) wird schon genug Porzellan zerschlagen. Könnte er nicht durch totale politische Abstinenz vielleicht versuchen, wenigstens uns den einen oder anderen Teller zu erhalten? Ein großer Vorteil für die Politik im "Sinne aller Deutschen" wäre, wenn Herr Dr. Kohl vor jedem offiziellen Auftritt die Namen derer aufzählen würde, die nicht durch ihn vertreten werden. Als Probe aufs Exempel schlage ich Herrn Dr. Kohl vor, damit bei seiner Rede zum Schlesi Treffen anzufangen. Die Namenslisten könnten dann fertig das Schlesier-Treffen nach Verlesen derselben zu Ende sein.

In diesem Sinne, Helmut Huneke

IMPRESSU	M ————————————————————————————————————
kontakte	
Sozialde	mokratische Bürgerzeitung
für Kron	shagen
Herausge	ber: Arbeitskreis Zeitung im
A Special Control of the Control of	Ortsverein Kronshagen der
	Sozialdemokratischen Partei
	Deutschland
Kontakta	dresse:
Dieter I	eyher,
Henri-Du	nant-Allee,
2300 Kr	nshagen, Sozialdemokraten
Tel. 54	
Druck. I	einer Martin,
Auflage	the second of th
The state of the s	eyher, Siebmann
1.00000. 1	CJ HOL, DICOMOUNT

kontakte

(Ans dem Juhact;

JUSO und Drachen S. 2

Müllverminderung " 3

"Gartenstadt Kronshagen" " 4

Leserbrief " 5

Was ist ein Naturgarten? " 6

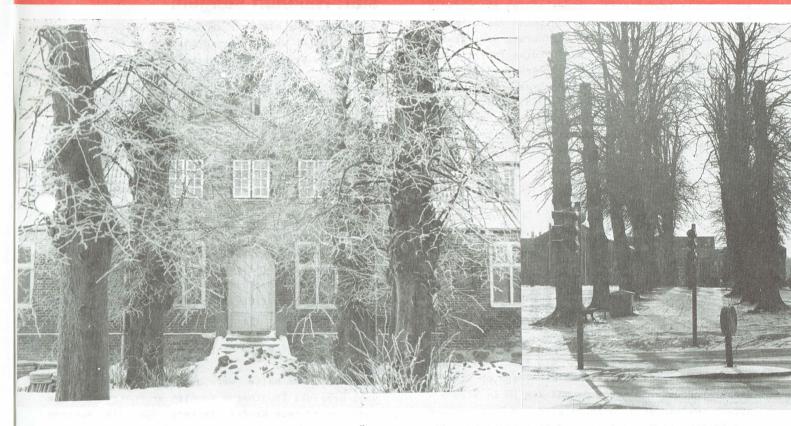
Ein Tag für Afrika " 7

Balkon- und Gartenwett- " "

bewerb

Sozialdemokratische Bürgerzeitung

1 / 1985



Der Baum hat Äste, das ist das Beste denn wär er kahl, wär's ein Pfahl. HEINZ EHRHARD

Es gab einige Aufregung, als Mitarbeiter der Jemeinde mit dem "Fassonschnitt" der Linden an der Domänenallee begannen. Jetzt will die Gemeinde Baumexperten zu Rate ziehen, die über die Form eines Gesundschnittes Auskunft geben sollen.

Damit wird im Einzelfall nachgeholt, was die SPD mit ihrem vor 10 Jahren gestellten Antrag erreichen wollte: Sie forderte die Aufstellung eines Landschaftspflegeplanes (Gründordnungsplanes). Bestandteil des Planes war u.a., daß die Pflege vorhandenen Baumbestandes und die Neuanlage unter Mithilfe von Fachleuten geschieht.

So charakteristische Naturdenkmäler wie z.B. die Kopperpahler Allee konnten nicht als Stückwerk geschaffen werden. Hier wurden in einer Aktion alle Alleebäume gepflanzt.

Es gibt viele positive Ansätze für neue Begrünung (Bürgerwald, Kieler Straße, Domäne). Was fehlt, ist eine Gesamtkonzeption. Gäbe es sie, hätte es auch nicht der Frage der Frau Bürgervorsteherin bedurft: "Und wo pflanzen wir nun weiter?"

Verantwortlich zu machen für das Mißgeschick mit der Baumsäge (wenn es ein Mißgeschick war) sind die, die den Antrag der SPD bis jetzt auf Eis gelegt haben.

Ihre SPD-Fraktion



Gerüchte, daß das Kronshagener Wappen aus naheliegenden Gründen umgestaltet werden soll, haben sich bis jetzt nicht bestätigt.

Die Jusos — WIR ÜBER UNS

Seit August 1983 gibt es in Kronshagen wieder eine Alternative zur Jungen Union - die Juso-AG! Für die Mitarbeit ist dabei die Mitgliedschaft in der SPD keine Bedingung denn wir sind für jeden unter 36 Jahren offen, dessen politische Vorstellungen wir teilen können. Bei unseren Aktivitäten verzichten wir ganz bewußt darauf.uns auf wenige politische Themen festzulegen sondern wollen mit unseren Informationsveranstaltungen möglichst viele Problemkreise berühren. Mit der Vorführung des Films "Allein gegen die Großen" von Gordian Troeller über das afrikan. Entwicklungsland Eritrea(z. Zt. ein Teil von Athiopien) und einem Dia-Vortrag über Nicaragua von G. Millauer (Juso-Landesvorstand) wandten wir uns der Entwicklungspolitik zu. Von unserem Flugblatt "Wahlen in Nicaragua-ein Schwindel?" wurden über 8000 Exemplare verteilt.



Im Mai 34 diskutierten wir mit Willi Piecyk (Ex-Juso-Bundesvorsitzender) über die Frage, ob die Wiedervereinigung Deutschlands und die EG im Widerspruch zueinander stünden. Im gleichen Monat wurden die Kronshagener Jusos Julia-Beate Hölzel und Stefan Miß in den SPD-Ortsvorstand und Thomas Engel sowie Ulrich Erdmann in den Juso-Kreisvorstand gewählt. Auf friedenspolitischem Gebiet waren wir wesentlich an der Gründung der "Bürgerinitiative Volksbefragung" beteiligt

die den Kronshagenern parallel zur Europa-Wahl(17. Juni)die Möglichkeit gab,ihre Meinung zur Raketen-Stationierung zu äußern.

In der Familienpolitik beschäftigten wir uns im August 84 besonders mit der Stiftung "Mutter und Kind" des Familienministers Geißler. Unserer Diskussionsveranstaltung folgte der Artikel "Ein Herz für Kinder-und die Mütter?", der im September in der Kronshagener Rundschau für Leserreaktionen sorgte. Eine Juso-Sitzung (ohne männliche Beteiligung) erbrachte die verblüffende Erkenntnis, daß Gleichberechtigung "Mensch-Sein" und nicht "Mann-Sein" heißt. Zu unseren "traditionellen" Aktivitäten zählt unser alljährlicher Drachenflug-Wettbewerb im Oktober und das Verteilen von Juso-Kalendern zur Jahreswende.

Mit einer Erscheinung, die in allen Parteien auftritt, haben wir uns noch nicht ganz abgefunden: daß sich nämlich von den Mitgliedern "auf dem Papier" nur ein ganz bestimmter Teil aktivieren läßt. Auskünfte über die Juso-AG oder die nächste Sitzung gibt Euch Stefan Miß (Tel. 58 87 53). Nach einer

Dichterlesung ohne Dichter(mit bzw. ohne Hein Blomberg im Altersheim am Ottendorfer Weg)haben wir uns für dieses Jahr eine Menge vorgenommen und würden uns freuen, auch Dich auf einer unserer Sitzungen oder Veranstaltungen begrüßen zu können. Einzeln sind wir wenig - gemeinsam fast alles!

Ulrich Erdmann

Laßt Drachen statt Raketen steigen!

Am 20. Oktober 1984 war es wieder soweit: Die Juso-AG Kronshagen veranstaltete ihren zweiten Drachenflugwettbewerb unter dem Motto: "Drachen statt Raketen"

Ab 14.00 Uhr fanden sich viele Kinder, z.T. zusammen mit ihren Eltern, auf dem Abenteuerspielplatz Fußsteigkoppel ein. Nachdem sich die Teilnehmer bei Rita Manzke zwecks Anmeldung in eine Liste eingetragen hatten, konmte der Wettbewerb beginnen. Bei sehr stürmischem Wetter (Windstärke 9-10) bereitete es sowohl den eifrigen Kindern als auch den sich bemühenden Müttern und Vätern zunächst groß Schwierigkeiten, die z.T. selbstgebauten Drachen steigen zu lassen. Allerdings konnte das Ordnerteam (Sigrun Jochims, Christoph Keil, Thorsten Berendt) das Schlimmste verhindern, wenn auch einige abgestürzte Drachen notdürftig wieder zusammengeflickt werden mußten. Für die Mitglieder der Jury (Ulrich Erdmann, Thomas Engel) war es nicht immer ganz leicht, gerechte Urteile zu fällen, da Höhe und Flugdauer infolge des Sturmes manchmal schwer festzustellen waren.

Angesichts der Kälte war auch für das leibliche Wohl gesorgt: Erwachsene konnten am Punschstand je nach Bedarf neue Kräfte tanken; für die Kleinen standen Negerküsse bereit.

Gegen 16.30 Uhr war der Wettbewerb zu Ende; nach



der Auswertung der Ergebnisse erfolgte um 17.00 Uhr die Siegerehrung. Jeder der ca. 30 Teilnehmer bekam eine Urkunde und durfte sich unter den zahlreichen Preisen (Schallplatten, Puzzles, Gesellschaftsspiele etc.) etwas auswählen.

Im Namen der Juso-AG Kronshagen sei an dieser Stelle ganz herzlich dem Genossen Volker Lötzsch gedankt, der, obwohl dem Juso-Alter bereits entwachsen, seine Unterstützung anbot und mit seinem Engagement eine große Hilfe darstellte.

Der trotz der widrigen Wetterumstände erfolgreiche Verlauf der Veranstaltung läßt darauf hoffen, daß auch in diesem Jahr wieder ein Drachenflugwettbewerb stattfinden wird.

Müll trennen — Müll mindern

Die Kreisverwaltung und die Ausschüsse des Kreistages beschäftigten sich im Jahre 1984 nicht nur mit den Fragen der Lagerung des im Kreisgebiet anfallenden Mülls auf der Zentraldeponie in Alt Duvenstedt, sondern mußten sich auch mit einem Vorschlag der Müllentsorgungsunternehmer befassen, alle Müllgefäße im Kreisgebiet auf eine einheitliche Größe umzustellen. Die üblichen Gefäße für die Hausmüllentsorgung (die 70 u. 110 Liter Tonne) sollten umgestellt werden auf eine einheitliche Mülltonne von 120 Liter. Eine sich zufällig ergebene Stimmengleichheit im Umweltausschuß des Kreises verhinderte, daß der Antrag der Verwaltung und CDU-Mehrheitsfraktion auf Umstellung angenommen wurde. Die daraus resultierende Verzögerung nutzte die CDU zu einem taktischen Rückzugsgefecht. Dies vor allem aufgrund des Druckes, der insbesondere aus dem ländlichen Raum auf die Abgeordneten einwirkte. Müllvermehrung durch größere Tonnen wollte niemand. Höhere Kosten durch die Umstellung schon gar nicht. So blieb es, wie man auch der Heimatpresse entnehmen konnte. bei einem Versuch im Amt Hohn, der sich im übrigen von dem geplanten Vorhaben in wesentlichen Teilen erheblich unterscheidet.

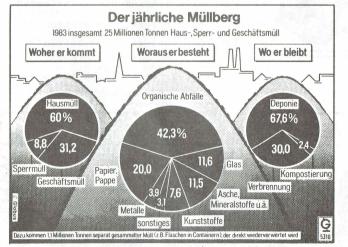
Kostensteigerung vermeiden

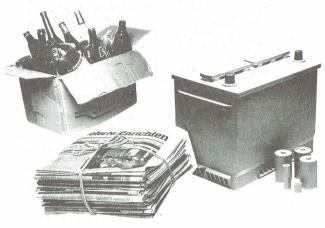
Für Kronshagen bedeutet eine Umstellung, daß die bisher bei uns verwendete 70 l Tonne mit einer damit verbundenen gleichzeitigen Kostensteigerung verschwindet. Alle Besitzer von Müllboxen müßten diese auf eigene Kosten umrüsten, (soweit überhaupt möglich) damit das 120 l Gefäß eingestellt werden kann.

Antrag der SPD-Fraktion

In die Gemeindevertretung brachte die SPD aus diesem Anlaß folgenden Antrag ein, der dafür sorgen soll, daß man sich mit dem Müllproblem zeitgemäß beschäftigt.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Kreisgremien mitzuteilen, daß die Gemeindevertretung der Gemeinde Kronshagen für die weitere Verwendung der bisherigen Müllgefäße eintritt. Eine Umstellung auf 120 l Gefäße wird abgelehnt, da mit dieser Maßnahme eine nicht mehr zeitgemäße Müllvermehrung veranlaßt wird.





- 2. Die Verwaltung unterstützt durch geeignete Handlungen die Eigeninitiave von Verbänden und Unternehmen, die aufgrund ihres Handelns oder beabsichtigten Handelns zur Hausmüllverminderung durch Müllseparierung beitragen. (gemeint ist zur Zeit z.B. der Einsatz von Sammelbehältern für Glas, der erweiterte Einsatz von Sammelbehältern für Papier sowie für Weißblech.(Cola-Dosen etc.)
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Kreis zu veranlassen, regelmäßig (mindestens 2 x pro Jahr) Sondermüllabfuhren für Haushalte vorzunehmen. Es ist zu prüfen, ob nicht Sammelpunkte für diesen Problemmüll ständig nachgewiesen werden können.

Der Antrag wurde nach kurzer Aussprache bei einer Gegenstimme an den zuständigen Ausschuß überwiesen.



Müllverminderung / Sammelstellen

Zum Abschluß noch eine Bitte: Unterstützen Sie die Aktivitäten von Unternehmen und Verbänden beim Sammeln der vorgenannten Rohstoffe. Tragen Sie mit dazu bei, daß der Müllberg nicht ins Uferlose wächst. Es gilt Müll zu vermeiden. Lassen Sie, wenn irgend möglich, das Verpackungsmaterial beim Händler:

Das **Deutsche Rote Kreuz** hat zusätzlich zur regelmäßigen Abfuhr von Altpapier einen Sammelbehälter am alten Bahnhof aufgestellt.

Die im Gemeindegebiet aufgestellten Behälter für Altglas sind bekannt.

Die Firma ${\it Coop}$ hat einen Container für Blech auf ihrem Betriebsgelände aufgestellt.



"Unsere Gartenstadt ist auf schattigem Wege als Spaziergang in ca. 15 Minuten vom Wilhelmsplatz in Kiel zu erreichen." So warb die Gartenstadt-Terrain-Gesellschaft Kronshagen vor dem 1. Weltkrieg um Bauwillige. 2 Kilometer in 15 Minuten würde man heute niemandem zumuten, aber 150 bis 250 Meter erscheinen der SPD-Fraktion akzeptabel. um vom Bürgerhaus zu einem so weit entfernten Parkplatz zu gelangen. Sind wir wirklich ideologisch eingefärbt, wie es vorwurfsvoll aus der CDU-Fraktion klang? Ist man schon autofeindlich, wenn man dem Autofahrer 5 Minuten Fußweg abverlangt?

Bei der Planung des Bürgerhauses bestand Einvernehmen, die Kosten einer Tiefgarage einzusparen. Bei einer Einrichtung, die im Ortsmittelpunkt gelegen ist, hoffte man, mit den möglichen 100 Parkplätzen auszukommen. 100 Parkplätze sind 400 Besucher, wenn, ja wenn man sich mit Nachbarn oder Freunden abspricht und einmal gemeinsam ein Auto benutzt.

Nun wurden 70 000, - DM Planungskosten von der CDU beschlossen, um Lösungen der Parkplatzfrage zu untersuchen. Wenn das Ergebnis lautet "Bau einer

Tiefgarage", dann kann schon heute gesagt werden, Realschule und des Gymnasiums können jetzt auf kürzerem und sichererem Weg zu ihrer Schule gelangen. Für die Schulanfänger ist der Fußweg Kopperpahler Allee mit der Ampel am Eichkoppelweg immer sicherer als der ungeschützte Übergang des Eichkoppelweges auf der Höhe Fußsteigkoppel. Um die Verkehrsbelastung zu begrenzen, ist die Fußsteigkoppel in Richtung Elsa-Brandström-Strasse ab Rethbrook zur Einbahnstraße zu machen. Mit freundlicher Unterstützung der Polizei müßte es dann möglich sein, Ortsansässige und Freinde zu bewegen, diese Parkplätze anzunehmen und von den jetzigen Parksünden (Zustellen von Grundstückseinfahrten usw.) zu lassen. Öffentliche Einrichtungen bringen durch zusätzlichen Autoverkehr Unzuträglichkeiten mit sich. Wenn wir die Vorteile des Autos, z.B. Bequemlichkeit, nicht missen wollen, müssen wir auch die 0 0 00 0 000 00 0 EINFAHRT Zugang Parkplatz Eichendorff-Oberdeck schule

daß für maximal 60 Parkplätze 1.5 Millionen DM aufzuwenden sind.

Von der geballten Belastung der Anwohner durch die doppelte Zahl von an- und abfahrenden Pkw's müßte auch noch gesprochen werden.

Es wird sicher der Versuch unternommen, die Kosten der Tiefgarage durch zusätzliche Parkplätze auf dem "Dach" der Garage anteilig pro Parkplatz zu verringern. Dieses "Dach" ist aber der Schulhof der Eichendorffschule. Die SPD ist aus Gründen der Gesundheit unserer Kinder gegen das Parken auf Schulhöfen. Auf diesem und auf anderen Schulhöfen. Aus Behelfslösungen werden schnell Dauerlösungen; siehe Brüder-Grimm-Schule.

50 Taxen á 4,- DM könnten 200 Personen zu 100 Veranstaltungen im Jahr zu einem Preis von DM 20 000, - befördern. Da man auch wieder nach Hause muß, wären insgesamt 40 000, - DM aufzuwenden. 37 Jahre könnten 200 Kronshagener Bürger zu 100 Veranstaltungen im Jahr gefahren werden. Wir wollten mit dieser kleinen Rechnung nur einmal demonstrieren, welche Verschwendung an Steuergeldern durch die Erstellung dieser zusätzlichen 60 Parkplätze entsteht.

Die SPD-Fraktion meint, daß für 70 000,- DM Planungskosten im jetzt gesperrten Teil der Straße Fußsteigkoppel ein Parkplatz für 50 Pkw's angelegt werden kann.

Die aus Gründen der Schulwegsicherung vorgenommene Sperrung dieser Straße ist durch den Tunnel unter der Bahnlinie überholt. Die Schüler der

Nachteile, z.B. zusätzliche Lärmbelästigung, auf alle Bürger verteilen.

Mit der vorgeschlagenen Lösung der Einbahnstraße glauben wir in diesem Sinne einen für alle Betroffenen "vertretbaren" Weg gefunden zu haben.

Theodor Sakmirda



Zur Sache:

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 5. 2. 85 hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Cord Lubinski zum Thema Parken in der Umgebung des Bürgerhauses Stellung genommen. Dabei hatte er die Vermutung geäußert, daß das verkehrswidrige Parken stillschweigend geduldet werde, um Besucher des Bürgerhauses nicht zu verärgern. Ein Einsatz der örtlichen Polizei, und zwar in der Funktion als Freund und Helfer (und erst in zweiter Linie als Exekutive) könnte die Belästigung der Anwohner durch falsch geparkte Fahrzeuge beheben. Aufgrund des KN-Berichtes über diese Gemeindevertretersitzung, der immer nur eine stark verkürzte Wiedergabe des Geschehens sein kann, hat der Leiter der örtlichen Polizeidienststelle einen Leserbrief geschrieben. Er wurde in der Holsteiner abgedruckt. Hier nun der Leserbrief von Cord Lubinski, der von den KN bis zum Redaktionsschluß von "kontakte" nicht veröffentlicht wurde:

»Unterstellung«

Unter der Überschrift "Unterstellung" meinte der Leiter der Polizeistation Kronshagen, Herr Peter Carstensen, zu Ausführungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden in der letzten Gemeindevertretersitzung in der "Holsteiner Zeitung" (- in der Form eines Leserbriefes? -)Stellung beziehen zu müssen. Dabei glaubte er besonders erwähnen zu müssen, daß diese Äußerungen in Abwesenheit der/des Betroffenen gefallen seien. Zugleich wurde dann Stellung bezogen, indem man die Aussagen als unqualifizierten Rundumschlag einstufte. Es verwundert schon, daß von einem leitenden Beamten Ausführungen dieser Art offiziell für die Polizei abgegeben werden. Dies, ohne Kenntnis zu haben von dem tatsächlich in der Vertretung Gesagten, nur auf das Hörensagen angewiesen. Es ist von Gemeindevertretern wohl zuviel verlangt, wenn sie – nach den Vorstellungen des Stationsleiters – auch noch jede evtl. zu nennende Person oder Personengruppe zu einem Tagesordnungspunkt einladen würden, damit diese dann das Gesagte aufnehmen können. Es ist den Polizeibeamten wohl erlaubt, an Sitzungen der Gemeindevertretung als Öffentlichkeit teilzunehmen. Der vorherige Leiter der Polizeistation hat zumindest diese Sitzungsteilnahme immer wieder ermöglicht. Wäre es aber nicht ein Leichtes gewesen, sich zum Sachverhalt sachkundig zu machen, indem man den für jederman ansprechbaren Fraktionvorsitzenden über den Inhalt seiner Rede befragt hätte? Sollten hier Berührungsängste, aus welchem Grunde auch immer, vorliegen? Oder wollte man bewußt diese klarstellende Aussprache vermeiden? Wie auch

immer, gegen den geprägten Begriff des "unüberleg-ten Rundumschlages" gilt es schon deshalb Stellung zu beziehen, da die Ausführungen des "Oberbeamten" eine Wertung darstellen, die dieser allein auf der Basis des Hörensagens vorgenommen hat. Die Frage zum Berufsethischen: - Wird so auch ermittelt? will ich mir ersparen. Es sei jedoch noch angeführt: Als Mitglied des beim Kreis gebildeten Polizeibeirates (auch zuständig für die Polizeistation Kronshagen), als Mitglied einer Familie in der 4 enge Verwandte sich im Polizeivollzugsdienst (vom Polizeidirektor bis zum Hauptmeister) befinden, bin ich mit allen Sorgen und Nöten der Polizeibeamten vertraut, so daß ich auf eine Belehrung durch den "Dienstellenleiter" der Polizeistation Kronshagen verzichten kann.

Cord P. Lubinski Fraktionsvorsitzender Kreisrat

Arbeiterwohlfahrt Kronshagen

teilt mit:

ter 15-18, 565,- DM



Sprachferien in England vom 31, 7, bis 20, 8, und vom 13. 7. bis 2. 8., Alter 15-18 Jahre, je 895,-DM Kanu-Camping in Dänemark vom 11. 7. bis 24. 7., Al-

Zelten in Bunsoh bei Alberstorf vom 5. 8. bis 18.2., Alter 8±13, 280 DM

Surfen und Zelten in Karlsminde vom 29. 7. bis 11. 8. Alter 15-18. 420.- DM

Aufenthalt im Feriendorf Manderscheid/Eifel vom 11. 7. bis 31. 7., Alter 8-13 Jahre, 430, - DM

Zeltlager in Borgwedel an der Schlei vom 11. 7. bis 31. 7., Alter 13-15, 395, - DM

Rucksackfahrt nach Roskilde in vom 6. 8. bis 19. 8., Alter 15-18 Jahre, 380,- DM

Anmeldung und Auskunft (auch die Täglichen Strandfahrten) bei Weskamp, Tel. 54 29 28 oder Sakmirda, Tel. 54 25 25 oder AW-Kreisverband in Rendsburg, Tel. 04331-2 13 14

BALKON- UND VORGARTENWETTBEWERB

In diesem Jahre findet wieder der schon allen bekannte Vorgarten und Balkonwettbewerb statt.

Nun kommt es auf Sie liebe Kronshagener Mitbürger an. daß die Preise recht zahlreich verteilt werden können. Nähere Auskünfte über die Teilnahmebedingungen, insbesondere für den Balkonwettbewerb, erteilt die Gemeindeverwaltung.

* * * * * * * * * *

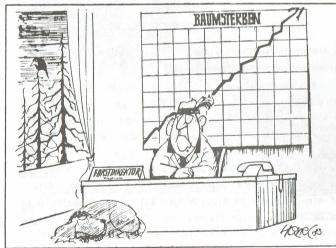
Wir möchten Sie mit den beiden Artikeln "UMWELT ERHALTEN: Der Naturgarten" und "Stadtrandbezirke als Überlebensgürtel" auf eine Neuerung im diesjährigen Wettbewerb hinweisen: In den Wettbewerb sollen diesmal auch "Naturgärten" einbezogen Wichtige Hinweise, wie ein solcher "Naturgarwerden. ten" aussehen könnte, gibt das Buch: Der Naturgarten, erschienen im Wolfgang Krüger Verlag. Es würde uns freuen, wenn recht viele Bürger den Schritt "zurück zur Natur" wagen



geEs ist paradox: Im Urlaub erbaut sich der Mitteleuropäer an verträumten Dörfchen in Griechenland oder auf Korsika, schwärmt vom unverfälschten Wildwuchs des Wegrandes. fotografiert begeistert zerfallenes, überwuchertes Gemäuer, Eidechsen und ungeordnete Blütenpracht. Zu Haus aber, im eigenen Garten, rückt er mit Richtschnur und Schneckengift der Natur zu Leibe. Hier kratzt er jedes Kräutlein aus den Fugen der Wegplatten. Was vom Gartenarchitekten nicht eingeplant oder der eigenen Vorstellung nicht gemäß ist, wird mit Hakke. Unkrautvertilgungsmitteln und Insektiziden vernichtet. Auf öffentlichem Grund sorgt der Staat mit noch größerer Akribie für "Ordnung". Selbst die hartnäckigste Blattlaus im Rosenbeet läßt ihr Leben - und der letzte Marienkäfer mit ihr. Der geschleckte englische Rasen würde selbst einem herrschaftlichen Golfplatz noch Ehre machen. Und die aufgeschütteten Borde hinter den kahlen Betonmauern sind mit Bodendeckern, asiatischen oder südamerikanischen Kleinbüschen in regelmäßiger Langweiligkeit bestockt.

So bauen wir uns mit hochgezüchteten Blumen und exotischem Gesträuch aus dem Gartenbaukatolog eine Scheinnatur auf, als wärs eine Wohnungseinrichtung, und halten sie mit knechtischer Schufterei sauber. Dabei nützt die ganze säuberliche Anlage niemandem – sie stellt einzig den eigenen Hang zum Perfektionismus zufrieden. Sind die Gärten und Grünflächen unserer Siedlungsräume, so quadratisch, steril und wohlanständig sie sind, nicht ein Abbild unserer technophilen Lebenshaltung?

Im Grunde trifft dieses Buch eine in unseren Breitengraden verbreitete Erscheinung: Hektisches, neurotisches Getue. Mangelnde Besinnung führt aber schon im eigenen Garten zur Umweltzerstörung: Die Blattläuse, die Schnecken und das Unkraut – oft das letzte einheimische Gewächs in unseren Gärten –haben wir mit viel Mühsal und Chemie ausgerottet. Dabei ist kaum aufgefallen, daß es auch um die Schmetterlinge geschehen ist und die Vögel verstummt sind. Man hat ihnen mit fremdländischen Zuchtpflanzen die natürliche Nahrung entzogen oder mit Gift den Garaus gemacht. Die Vielfalt ist unse-



Wachstum

Hanel/Kölner Stadtanz/15.8.83

rer Sauberkeitsneurose zum Opfer gefallen.

Für unsere Siedlungsräume ist zu hoffen, das möglichst viele Grundbesitzer und Behörden dem hier illustrierten Beispiel Folge leisten werden. Mit der nötigen Gelassenheit gegenüber dem Grün geht dann vielleicht dem Leser auf, daß es eine höhere, eine natürliche Ordnung gibt, die sich ohne unser Zutun ganz von selbst einstellt. Kaum haben wir uns an den Gedanken gewöhnt, daß Unkraut nur deshalb so hartnäckig zu

vertreiben ist, weil es eben das standortgemäße Kraut ist, und kaum hat die Grünfläche, dem scheeläugigen Nachbarn zum Trotz, einen fortgeschrittenen Zustand der Verwilderung mit einheimischen Pflanzen erreicht, kommt auch schon das Leben zurück: Einfalt wird zur Vielfalt.

Vorwort Dr. h.c. Horst Stern, zum Buch: "Der Naturgarten", erschienen im Wolfgang Krüger Verlag

Stadtrandbezirke als Ȇberlebensgürtel«

Wie es mit der pflanzlichen Artenvielfalt auf den unterschiedlichsten Grünflächen einer Stadt bestellt ist, hat Wolfgang Schulte im Rahmen seiner Doktorarbeit an der Ruhr-Universität Bochum am Beispiel Bochum untersucht. Was er dort für Grünflächen, Parks und brachliegende Flächen feststellte, hat aber sicher auch für andere Städte Gültigkeit, da gärtnerische Kunst und natürlicher Wildwuchs in einem gewissen Widerspruch stehen, über dessen Größe man aber nachdenken sollte.

So verwundert nicht, daß Schulte in Grünflächen und Parkanlagen nur zwischen 10 und 29 Arten von Wildpflanzen orten konnte und damit eine Artenarmut, die sich kaum von des des Grüns in den Fußgängerzonen der Innenstadt unterschied. Insgesamt zählte er auf fünf typischen Flächen des Stadtgebiets 465 verschiedene Arten, und zwar in der City, im Bereich der Schwerindustrie, in einem Agrargebiet, einem dörflichen Siedlungsbereich und in der Stadtrandzone. Davon erwiesen sich 45,3 Prozent als einheimische Pflanzen und 24 Prozent sind den sogenannten Neueinwanderern und etwa 13 Prozent den "Alteinwanderern" zuzurechnen.

tenvielfalt - auch der Tiere - auf Brachflächen aller Art wenig gepflegten Grünflächen, wobei sich allem die Stadtrandbezirke als "Überlebensgürtel" für jene Arten erwiesen, denen anderswo beispielweise eine stark intensivierte Landwirtschaft die Lebensgrundlage entzieht. Aber auch im gesamten Stadtgebiet bildeten solche Brachen wichtige Zufluchtsorte für in ihrem Bestand bedrohte Pflanzen und Tiere.

Besonders groß war die Ar-

Als ein Ergebnis seiner umfangreichen Datenanalysen schlägt Schulte vor, in den bebauten Bereichen vernetzte Schutzflächen-Gebietssys zu schaffen, die übrigens auch zur örtlichen Klimaverbesserung beitragen können. Seine Arbeit ermöglicht auch Aussagen darüber, wie noch nicht bebautes Gelände ökologisch sinnvoll in den Flächennutzungsplänen berücksichtigt, seine Regenerationsfähigkeit zugleich verbessert oder wenigstens gesichert werden kann. Schulte, jetzt bei der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie in Bonn, arbeitet nun an Richtlinien für eine stärker ökologisch orientierte Baupolitik.

si. aus FRANKFURTER RUNDSCHAU

Ein Tag für Afrika

Richard von Weizsäcker hatte zur G^emeinsamkeit gegen den Hunger aufgerufen und die Hⁱlfsorganisationen aufgefordert, "einen großen Sonderfonds" zu schaffen.

Die ARD (und viele prominente Künstler) haben die Aktion mit großem Aufwand unterstützt und die Spendenwilligkeit der Bürger angefeuert. Auch die ARD schlug vor, mit einem gemeinsamen Konto das Konkurrenzdenken an diesem Tag beiseitezulassen (das kleine Holland hatte in einer gemeinsamen Aktion mit nur einem Konto übrigens 70 Millionen Gulden zusammengebracht).

Die "großen 4" wollten es anders. ES ist aber eine Leistung, die Anerkennung verdient, daß sich die 14 kleineren Organisationen (Terre des Hommes, Menschen für Menschen, Unicef, Komittee Notärzte usw, u.a. auch die Arbeiterwohlfahrt) nicht auf ein eigenes Konto versteiften, sondern ein G^emeinschaftskonto einrichteten.

em spendenwilligen Bürger mußte man den Zusmmennang mühsam erklären. Es herrscht sowieso die Meinung vor, daß nicht alles Geld sein Ziel erreicht. Aber Gemeinsemkeit bedeutet neben Vereinfachung auch gegenseitige Kontrolle.

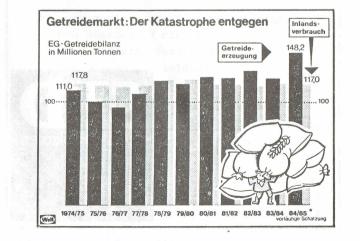
Vor Ort, in den Städten und Gemeinden, hätte man sich in diesem Fall sicher an einen Tisch gesetzt und unbürokratisch in einen Topf gesammelt.

Am Rande des »Afrikatages«:

Ein junges Mädchen am Mikrofon während der Reportagen und Interviews: "'Spenden' ist das falsche Wort. Es muß heißen 'zurückgeben' ".

Aus einem Brief des Komittees Cap Anamur an Spender: "Durch den ausbleibenden Regen ist die Situaton in vielen Ländern Afrikas in diesem Jahr katastrophal. Es ist für uns schwer vorstellbar, daß die Ernte in diesem Jahr völlig ausfällt und auch keine Vorräte vorhanden sind. Daß hier tonnenweise Nahrungsmittel vernichtet werden sollen, ist – auch angesichts der zunehmenden Armut in Europa – mehr als ein Skandal."

Bei uns ist das eine Katastrophe:



Uwe Jochims

Es ist sicher nicht in seinem Sinne, wenn wir um das, was für ihn selbstverständlich war, große Worte machen. Sein Eintreten für die Schwächeren in unserer Gesellschaft wird im Nachruf seiner Kollegen deutlich: "Wir haben einen Freund verloren, der uns Hoffnung gegeben hat, und einen Pastor, der unsere Arbeit im Kirchenkreis Kiel glaubwürdig gemacht hat."

Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie.

SPD-Ortsverein Kronshagen

Gleichbehandlung von Mann und Frau in der Rentenversicherung

Wilhelm Marschner, Mitglied des Landtages, war auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in die Klöndeel des Hirgerhauses gekommen. Bei einer Tasse Tee schien uns das Thema weniger trocken!

Ein Faltblatt mit Grafiken zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung lag allen Anwesenden vor. Dieser Entwurf bezieht sich lediglich auf die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Gleichbehandlung bei der Hinterbliebenenrente: Auch der Witwer bekommt 60% der Rente seiner Frau. Demgegenüber steht ein Vorschlag der SPD: Hinterbliebene Ehegatten sollen eine Teilhaberrente von 70% der von beiden Partnern erworbenen Versorgungsansprüche erhalten, mindestens jedoch die eigene Rente. Genaue Rechnungsbeispiele würden hier zu weit führen. Wilhelm Marschner machte aber deutlich. daß das Modell der Teilhaberrente zwar in einigen Fällen etwas weniger Rente ergeben würde, es aber finanzierbar sei für alle Hinterbliebenen, also auch für die, die jetzt schon Rente beziehen. Es gibt in der Bundesrepublik 1,5 Millionen Witwen, die keine eigene Rente haben, 2/3 davon bekommen weniger als 900, - DM. Für diese Frauen gibt es im Modell der Bundesregierung keine Gleichbehandlung.

Ein zweiter Punkt im Gesetzentwurf ist die Einführung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung. Pro Kind soll ein Jahr angerechnet werden, das bedeutet etwa 25,- DM Rente monatlich. So erfreulich das klingt, auch diese Anrechnung soll erst für Frauen gelten, die nach dem 1. 1. 1986 (voraussichtliches Inkrafttreten des Gesetzes 65 Jahre alt werden, also ab Jahrgang 1921. Gerade die heutigen Rentnerinnen mit ihrer überwiegend schlechten Altersversorgung sollen leer ausgehen.

Wir haben an diesem Abend in der Diskussion mit Wilhelm Marschner das Thema Rente hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung von Mann und Frau behandelt. Das großte Fragezeichen hinter dem Wort "Gleichbehandlung" muß stehenbleiben nach dem jetzigen Entwurf der Bundesregierung. Eine ganz neue Konzeption der Rentenfinanzierung ist in einem Reformvorschlag der SPD gefunden – aber das wäre ein Thema für einen weiteren Abend.

Annemarie Meyer-Delius